

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Mecklenburg-Vorpommern in einem Europa ohne Binnengrenzen - Errungenschaften der europäischen Integration bewahren

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Vor dem Hintergrund zahlreicher europäischer Herausforderungen, wie beispielsweise einer verbindlichen Lösung der Flüchtlings- und Migrationsfrage, dem britischen Referendum zum Verbleib in der europäischen Gemeinschaft, und des stark zunehmenden rechten und linken Populismus in Europa, sieht sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern in der besonderen Verantwortung, die Mitwirkung an der Verwirklichung der europäischen Integration weiter zu fördern und auszubauen. Die positive Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns seit der Wiedervereinigung verdankt das Bundesland zu großen Teilen dem 1992 vollendeten Europäischen Binnenmarkt sowie der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Dynamik im Ostseeraum. Für die zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit seinen Partnern im Ostseeraum und in anderen Ländern und Regionen der EU ist der vollständige Erhalt des Schengener-Abkommens von elementarer Bedeutung. Deshalb ist es unabdingbar, dass die gemeinsame Kontrolle der europäischen Grenze und die Stärkung staatlicher Strukturen zur erfolgreichen Integration von Flüchtlingen komplementär erfolgen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich im Rahmen ihrer institutionellen Möglichkeiten gegen innereuropäische Grenzkontrollen auszusprechen, weil durch sie erhebliche Nachteile für die Bürgerinnen und Bürger des Landes entstünden und die Freizügigkeit, als eine der größten europäischen Errungenschaften, infrage gestellt würde.
2. grenzübergreifende EU-Projekte im Ostseeraum verstärkt zu unterstützen und das „Forum Ostsee MV“ als Kommunikator zwischen den im Land tätigen Ostseeakteuren weiterzuentwickeln.

- III. Der Landtag beauftragt seine in die Gremien der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee entsendeten Vertreter, eine gemeinschaftliche Position auszulegen, die sich für die Einhaltung des Schengen-Abkommens ausspricht und diese Positionierung an den Präsidenten des Europäischen Parlamentes, der Europäischen Kommission und des EU-Ausschusses der Regionen weiterzuleiten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Begründung:

Eine dauerhafte Aufkündigung des Schengen-Abkommens hätte negative volkswirtschaftliche Auswirkungen zur Folge. Längere Wartezeiten an den Grenzübergängen und Grenzkontrollen im Warenverkehr führen zur Erhöhung der Transportkosten im grenzüberschreitenden Handel, ausgelöst durch höhere Personalkosten oder einer kostspieligen Aufstockung der Lagerbestände. Eine jüngst veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung suggeriert einen Anstieg der Importpreise von einem bis drei Prozent. Dementsprechend müsste Deutschland innerhalb von zehn Jahren Wachstumseinbußen von bis zu 235 Milliarden Euro in Kauf nehmen. Die Staaten der Europäischen Union wären mit Verlusten von bis zu 1,4 Billionen Euro betroffen. Auch die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wäre mit einem hohen zweistelligen Millionenbetrag mehrbelastet.

Neben quantifizierbaren ökonomischen Folgekosten führt eine Abkehr von Schengen auch zu weitgehenden gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Konsequenzen mit unabsehbaren Folgen. Der kulturelle Austausch, grenzüberschreitende Bewegungen und länderübergreifende Erfahrungen würden zurückgehen. Nicht zuletzt ist die Aufhebung der Grenzkontrollen eine der wahrnehmbarsten Identifikationsfaktoren und Symbole der europäischen Integration. Würde dieses ersatzlos gestrichen, wäre dies ein merklicher Rückschritt in dem europäischen Einigungsprozess.